

Editorial

Interessenvertretung



Liebe Leserin
Lieber Leser

Zu den Kernaufgaben des LVB zählt die Interessenvertretung seiner Mitglieder, sei dies in personalrechtlicher, beruflicher, wirtschaftlicher oder bildungspolitischer Hinsicht. So nehmen Amtsträgerinnen und Amtsträger des LVB Einsitz in zahlreichen Kommissionen, Fachgremien und Arbeitsgruppen, um dort den Interessen der Basis eine Stimme zu verleihen – ob es nun um Löhne, Renten, Arbeitszeit, Stundentafeln, Lehrpläne oder Lehrmittel geht. Ebenfalls berät der LVB Mitglieder, die sich von Vorgesetzten oder Behörden nicht rechtskonform behandelt fühlen, nötigenfalls inklusive Begleitung bis vor das Gericht.

Nun kann man sich leicht vorstellen, dass es in der LVB-Basis kaum unterschiedliche Meinungen gibt, wenn es darum geht, für höhere Löhne oder Renten einzustehen. Heterogener wird es schon, wenn sich der Verteilungskampf zwischen den einzelnen Fächern im Kontext der Revision einer Stundentafel entfaltet oder ein Lehrplan konkret ausgestaltet werden soll. Auch deshalb führt der LVB regelmässig Online-Befragungen unter seinen



Mitgliedern durch, um so die Mehrheitsverhältnisse innerhalb unseres Verbandes zu eruieren.

Mit Beginn der Corona-Pandemie vor zwei Jahren kam unvermittelt ein gänzlich neues Feld der Interessenvertretung hinzu. In der kantonalen «Taskforce Corona Schulen Baselland» konnten die LVB-Vertretungen in beratender Manier – die Entscheidungskompetenzen lagen stets beim Regierungsrat, dem kantonalen Krisenstab und dem Kantonsärztlichen Dienst – ihre Einschätzungen zu pandemiebedingten Entscheidungen für den Schulbereich abgeben. Mitgliederbefragungen jedoch waren hier kaum möglich, denn Rückmeldungen zu aktualisierten Schutzkonzepten mussten oft innerhalb von 24 Stunden erfolgen, bevor die Verantwortlichen ihre Entscheidung zu fällen hatten.

Als sich im Laufe des vergangenen Dezembers mit der damals wild grassierenden Omikron-Variante abzuzeichnen begann, dass der Schulstart nach Neujahr zum grossen Politikum werden würde, lancierte der LVB am 10. Dezember eine 48-stündige Blitzumfrage zu allen Massnahmen, die zum damaligen Zeitpunkt in den Medien

herumgereicht wurden oder in anderen Kantonen bereits beschlossen worden waren. Die Resonanz war eindrücklich: Nicht weniger als 1218 Mitglieder stimmten im Rektordtempo ab.

Neben der eigentlichen Beteiligung an der Umfrage gingen auch viele Mails von Mitgliedern bei uns ein und bekräftigten noch einmal, was sich seit Beginn der Pandemie respektive bei jeder Einführung oder Rücknahme von Schutzmassnahmen gezeigt hatte: Die Gräben in der Lehrerschaft waren in der Beurteilung einzelner Massnahmen kaum weniger tief als in der Gesamtgesellschaft, die Meinungen kontrovers und nicht selten hoch emotional aufgeladen. In so einem Umfeld wird Interessenvertretung zu einer überaus delikaten Aufgabe.

Mitglied 1: «Setzen Sie sich bitte für die Maskenpflicht an der Primarschule ein! Ich bin zwar doppelt geimpft, trug stets eine FFP2-Maske und lüftete dreimal pro Lektion. Trotzdem hat es mich erwischt. Ich liege seit Tagen im Bett, huste mir die Lunge aus dem Leib und meine Schulleitung findet keine Stellvertretung. Ich möchte nicht, dass es meinen Kolleginnen und Kollegen auch so ergeht, und ich möchte nicht, dass der Präsenzunterricht zum Erliegen kommt, weil das Personal fehlt.»

Mitglied 2: «Lieber LVB, bitte setzt euch gegen die Einführung der Maskenpflicht ab der 1. Klasse Primar ein. Den Kindern tut das Virus nichts. Das Tragen einer Maske wird den Lernerfolg massiv beeinträchtigen. Die kleinen Kinder werden dauernd an ihren Masken herumfingern, sodass die Masken ohnehin wirkungslos bleiben.»

Mitglied 3: «Ich bitte Sie, sich für die Maskenpflicht stark zu machen. Aufgrund einer schweren Krankheit darf mein Lebenspartner nicht an Corona

erkranken. In der jetzigen Situation – keine Luftfilter, kein obligatorisches Testen, keine Masken – bin ich dem Virus ausgeliefert. Es ist nur eine Frage der Zeit, bis ich infiziert werde und meinen Partner anstecke.»

Mitglied 4: «Ich kann nicht verstehen, dass sich der LVB nicht vehement gegen den Maskenzwang einsetzt. Manche Eltern werden mir die Hölle heiss machen. Die Situation ist jetzt schon angespannt und verlangt mir alles ab. Ich habe keine Energie für schwierige Gespräche mit verärgerten Eltern. Der auf mich zukommende zusätzliche emotionale Stress macht mich krank.»

Gemäss der nach Schulstufen und -typen aufgeschlüsselten Ergebnisse der LVB-Umfrage zeigte sich an der Primarstufe das folgende Bild: 215 Primarlehrpersonen sprachen sich gegen die Ausweitung der Maskenpflicht ab der 1. Primarklasse aus, 166 Primarlehrpersonen dafür. Auch bezüglich Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz lagen die Meinungen weit auseinander: 42% der Primarlehrerschaft fühlten sich bei der Ausübung des Berufs vom Arbeitgeber nur ungenügend geschützt, rund ein Viertel genügend und knapp ein Drittel gut bis sehr gut.

Eine deutliche Mehrheit wünschte sich mehr Schutzmassnahmen, beispielsweise in Form von Luftfiltergeräten und einem priorisierten Booster-Impfungs-Angebot für Lehrpersonen. Für beide Anliegen hat sich der LVB auch öffentlich immer wieder starkgemacht. Die Antwort auf ein entsprechendes Postulat im Landrat (Anschaffung von Luftfiltergeräten) blieb wochenlang ausstehend. Das Postulat war lediglich dank einer knappen Mehrheit überwiesen worden. FDP und SVP hatten sich mehrheitlich nur schon gegen das *Prüfen* dieser Massnahme ausgesprochen.

Eindeutige Mehrheitsverhältnisse bei allen involvierten Akteuren und Institutionen gab es allein bei der Gegenüberstellung Fern- versus Präsenzunterricht. Aufgrund der Erfahrun-

gen aus dem ersten Lockdown galt es, eine flächendeckende und dauerhafte Rückkehr zum Fernunterricht wenn irgend möglich zu verhindern. Regierungsrat, Landrat, Bildungsrat, die Bevölkerung, unser Dachverband LCH und eine deutliche Mehrheit der LVB-Mitglieder brachten zum Ausdruck, dass der Präsenzunterricht aufrecht erhalten werden sollte.

Letzten Endes verfolgten die Massnahmen, die der Regierungsrat schliesslich am Dienstag vor den Weihnachtsferien beschloss, das Ziel, diesem zentralen Anliegen gerecht zu werden und die Rahmenbedingungen für einen funktionierenden Präsenzunterricht zu schaffen. Dass die Massnahmen erst am drittletzten Schultag vor den Ferien den Schulbeteiligten gegenüber kommuniziert wurden und dadurch zusätzlichen Stress erzeugten, war sicher nicht optimal, letztlich aber auch einer sich immer weiter steigenden Dynamik betreffend Infektionszahlen geschuldet.

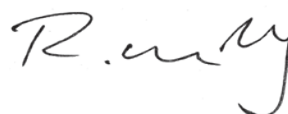
Dank der Ausweitung des Breiten Testens wurde der Gesundheitsschutz aller Schulbeteiligten erhöht und mit den obligatorischen Tests vor Wiederaufnahme des Unterrichts vor Ort konnte verhindert werden, dass das Virus von den festtäglichen Familienfeiern und Ferienreisen direkt in die Schulzimmer getragen wurde. Die damit verbundene kurze Fernunterrichtsphase von, je nach Schule, zwei bis maximal fünf Tagen ebnete dem grundsätzlichen Festhalten am Präsenzunterricht den Weg.

Aus unserer Sicht stellte diese Kombination aus erhöhtem Gesundheitsschutz und Sicherung des Präsenzunterrichts ein pragmatisches Vorgehen dar und wir konnten den kantonalen Behörden attestieren, dass die Gesundheit der Schüler-, Lehrer- und Elternschaft hochgehalten wurde. Wir sind beide im Kanton Solothurn wohnhaft und erhielten zahlreiche Nachrichten von Eltern schulpflichtiger Kinder, die ein fehlendes analoges Vorgehen an ihren Schulen beklagten.

Als umstrittenste Knacknuss erwies sich die Ausweitung der Maskenpflicht ab der 1. Klasse der Primarschulen, auch wenn sicherlich niemand Freude daran empfand, die fast jüngsten Schulbeteiligten mit Masken auszustatten. Aber hinsichtlich dieser Frage manifestierten diverse Voten und Mails eine Form von Verhärtung und Kompromisslosigkeit der eigenen Position wie in keinem anderen Bereich. Glücklicherweise konnte diese Massnahme nach vergleichsweise kurzer Zeit wieder aufgehoben werden.

Nun hält der Frühling Einzug und überall sind diverse Lockerungen Tatsache geworden, an den Schulen wie im zivilen Leben. Natürlich hoffen wir, dass die Normalität wieder dauerhaft zum Alltag werden kann. In jedem Fall werden wir uns weiterhin für gangbare Wege einsetzen – und nach bestem Wissen und Gewissen versuchen, Ihre Interessen zu vertreten.

Roger von Wartburg
Präsident LVB



Philipp Loretz
Vizepräsident LVB

